



Bürgerverein Pfalzel e. V., Ringstr. 2c, 54293 Trier

www.buergerverein-pfalzel.de

Herrn Oberbürgermeister
Wolfram Leibe
- persönlich -
Augustinerhof
54290 TRIER

Ringstr. 2c
54293 Trier
Telefon: 0651 / 69557
eMail: hjwirtz@arcor.de

Datum: 20.11.2016

TV-Beitrag vom 17.11.2016: Liegt die neue Kita zu dicht am Trierer Hafen?

Anlage: Kommentar des Bürgervereins Pfalzel e. V. zu TV-Bericht

Sehr geehrter Herr Leibe,

ich nehme Bezug auf unser Schreiben vom 10.10.2016 und meine Mail vom 23.10.2016.

In dem o. g. Beitrag berichtet der Trierische Volksfreund, dass nun auch die Trierer Hafengesellschaft und der Zweckverband Bedenken gegen den Neubau der Kita Pfalzel in unmittelbarer Nähe des Industriegebietes am Trierer Hafen geäußert haben.

Wir kommentierten den Artikel auf unserer Internetseite – buergerverein-pfalzel.de – mit dem beiliegenden Text und übermittelten den Kommentar am Erscheinungstag per Mail an Frau Bürgermeisterin Birk und Herrn Dezernenten Ludwig.

Frau Birk hat mir freundlicherweise umgehend geantwortet und mitgeteilt, dass Stadtvorstand und Stadtrat die Bedenken für nicht gerechtfertigt halten und man keinen Anlass für neue Standortüberlegungen sieht.

Dass Sie, Frau Birk und Herr Ludwig die gesamte Problemlage bezüglich des Industriegebietes aus eigenem Erleben nicht kennen können, liegt auf der Hand. Dass jedoch altgediente Mitglieder des Stadtrates trotz dreier einjähriger Langzeitmessungen, zweier Einsätze der Zentralen Expertengruppe Umweltschutz des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz und einer stets breiten Berichterstattung des TV in den letzten 12 Jahren die immer noch vorhandene Brisanz der Umweltbelastungen nicht kennen oder nicht ernst nehmen, erstaunt uns schon.

Alle Berichte dazu und unsere Analysen sind übrigens auf der Internetseite des Bürgervereins nachzulesen.

Die von Hafengesellschaft und Zweckverband vorgetragene Bedenken lediglich auf Firma Eu-Rec zu beziehen, wird dem Thema in keiner Weise gerecht. Allen Aufregungen der drei letzten Jahre zum Trotz ist diese Firma gerade in der Frage des Kita-Standortes nicht das größte Problem. Das sind nämlich die Schredderanlagen der Firma Steil mit einem hohen Ausstoß von Dioxinen, PCB und schwermetallhaltigen Stäuben. Bis zur Stilllegung des Schmelzofens gehörte auch das Trierer Stahlwerk dazu.

Ich hätte größte Sorgen, meine Kinder oder Enkel ganztags in einer Einrichtung zu wissen, die nur etwa 500 Meter von einem Industriegebiet mit derart umweltschädlichen Betrieben gebaut werden soll. Da ist ein Mobilfunkmast in einer Entfernung von 100 Metern – was z. B. in Spanien undenkbar wäre – eher ein kleines Risiko.

In den nach der Gründung unseres Vereins aufkommenden Diskussionen bezüglich der Umweltbelastung um den Trierer Hafen hat Herr Dr. Michels, Leiter des Gesundheitsamtes Trier, ausdrücklich auf die besondere Gefährdung von Kindern verwiesen, die z. B. das Fünffache an Blei aufnehmen im Vergleich zu Erwachsenen (TV vom 30.01.2006, "Presse-Echo" buergerverein-pfalzel.de).

Sachgerechte Lösungen bedürfen umfassender Informationen über alle entscheidungserheblichen Tatsachen. Wir legen daher großen Wert auf die Feststellung, dass es in dieser Frage um die Gesamt-Schadstoffbelastung geht, die aus dem Industriegebiet am Hafen auf dieses Grundstück einwirkt.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Wirtz

Kommentar des Bürgervereins Pfalzel:

Nachdem sich im Januar dieses Jahres herausstellte, dass das Bistum Trier im Benehmen mit der Pfarrgemeinde Pfalzel einen Kita-Neubau auf dem Gelände der bisherigen Einrichtung nicht zulassen würde, haben wir einen intensiven Schriftverkehr mit allen Beteiligten geführt (siehe Schriftverkehr). Wesentliche Argumente dabei waren erhebliche Bedenken gegen den vorgesehenen Standort in der Hans-Adamy-Straße und der Wunsch der meisten Pfalzeler, die Kita in der Ortsmitte zu erhalten.

Die Argumente gegen einen Neubau in der Stiftstraße haben uns nicht überzeugt. Das Ergebnis ist allerdings bekannt.

Wir hatten den Eindruck, die Stadt gehe davon aus, neben den Sportanlagen ein baureifes Grundstück ausgewählt zu haben. Der Zeitplan einer Fertigstellung bis Ende 2018 ist sehr ehrgeizig, aber wegen der Inanspruchnahme befristeter Zuschüsse zwingend. Nun räumt man ein, dass ein Bebauungsplan mit allen damit verbundenen Formalitäten erstellt werden muss. Die Zweifel an einer Einhaltung dieser Zeitvorgaben nehmen damit extrem zu.

Im Übrigen geht es nicht nur um die erhöhte Gefahr von Geruchsbelastungen am neuen Standort, sondern um Emissionen aus dem Industriegebiet um den Trierer Hafen schlechthin. Die Gesundheit der Kinder ist in dieser Nähe zu Betrieben der Schwerindustrie ernsthaft durch Schwermetalle, Dioxine/Furane und PCB gefährdet. Dieser Gesichtspunkt wurde in allen bisherigen Betrachtungen gänzlich ausgeblendet.

Durch die Einstellung des Schmelzbetriebes beim Trierer Stahlwerk ist die Schwermetallbelastung zwar deutlich zurückgegangen. Ausweislich des jüngsten Berichtes über Messungen 2012/2013 vom 10.01.2014 (siehe Messwerte) gibt es noch immer Überschreitungen von Grenzwerten auch im Wohngebiet, soweit es

Monatsmittel betrifft. Die Jahreshgrenzwerte sind dagegen eingehalten.

Gravierender ist die Lage bei Dioxinen. Der seit 2010 geltende neue Orientierungswert der TA Luft von $9 \text{ pg}/(\text{m}^2 \cdot \text{d})$ wurde mit $14 \text{ pg}/(\text{m}^2 \cdot \text{d})$ eindeutig überschritten. Die Belastung durch PCB hat sich sogar seit der vorherigen Messperiode von $4 \text{ pg}/(\text{m}^2 \cdot \text{d})$ auf $8 \text{ pg}/(\text{m}^2 \cdot \text{d})$ verdoppelt.

Bei nordöstlichen Winden werden diese Schadstoffe in den Ort hineingetragen. Am neuen Standort wäre die Kita dem ungeschützt ausgesetzt. In der Stiftstraße war sie durch Friedhof, Wallmauer und umliegende Bebauung weitestgehend abgeschirmt.

In dieser Situation empfehlen wir allen Beteiligten, die Gespräche mit dem Ziel der Errichtung des Neubaus auf dem Gelände in der Stiftstraße wieder aufzunehmen. Im Oktober 2015 war man sich dahingehend bereits einig.

Soweit es der Pfarrgemeinde Pfalzel darum geht, durch den Verkauf des Altgeländes Mittel zur Renovierung des Pfarrheims zu generieren, kann die Stadt hier unter Umständen mit einer Beteiligung an den Sanierungskosten die Akzeptanz dieser Idee fördern. Das Einsparen der erheblichen Kosten für die Aufschüttung des Grundstücks in der Hans-Adamy-Straße und die Schaffung einer Ausgleichsfläche sollten hierfür ausreichend Spielraum bieten. Auch einen Rückgriff auf Mittel des Ortsteils-Budgets könnte man für diesen Zweck in Erwägung ziehen.